

## Forderungen der Oppositionsgruppen für die Verhandlungen am Runden Tisch

Am 10.11.1989, einen Tag nach dem Fall der Berliner Mauer, schlugen verschiedene Oppositionsgruppen vor, einen  $\nabla$ Runden Tisch nach polnischem Vorbild als Vermittlungsinstanz zwischen Opposition und Staatsführung ins Leben zu rufen. In einer gemeinsamen Erklärung fassten sie ihre Forderungen zusammen, die sie am Runden Tisch durchsetzen wollten.

Etwa einen Monat später, am 7.12.1989, trafen die in der  $\nabla$ Volkskammer vertretenen Parteien, die Oppositionsgruppen und Vertreter/innen der Kirchen erstmals am Zentralen  $\nabla$ Runden Tisch zusammen.

### Erklärung der Opposition

*part. Krogh und Lauer*

Am runden Tisch haben sich ~~fünf bestehende~~ Parteien und acht in Bildung begriffene oppositionelle Gruppen bzw. Parteien versammelt. Keine dieser Kräfte, auch nicht Volkskammer und Regierung hat eine hinreichende Legitimation durch freie und demokratische Wahlen. Sie können deshalb keine grundlegenden Entscheidungen für unser Land treffen. Der runde Tisch kann keine Regierungsfunktion ausüben. Wir wollen nicht daran mitschuldig werden, daß dieser Tatbestand vor dem Volk verschleiert wird.

Wir erklären, daß wir nur eine Politik unterstützen wollen, die die Eigenständigkeit unseres Landes wahrt.

Wir unterstützen die Bildung und Tätigkeit der unabhängigen Volkskontrollausschüsse und Bürgerkomitees sowie der unabhängigen Interessenvertretungen der Werktätigen.

Wir fordern:

- Die Regierung muß sich zur geschäftsführenden Übergangsregierung erklären, die nur unaufschiebbare Maßnahmen beschließt.
- Das Amt für Nationale Sicherheit als eine verfassungsfeindliche Organisation, muß unter ziviler Leitung aufgelöst werden.
- Die ökologische, wirtschaftliche und finanzielle Situation des Landes und die beabsichtigten Schritte müssen offengelegt werden.
- Die Regierung muß dafür Sorge tragen, daß unsere ausländischen Mitbürger in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht allen anderen Bürgerinnen und Bürgern gleichgestellt werden.
- Kurzfristig müssen ein ~~Verfassungsentwurf~~ Verfassungsentwurf und der Entwurf einer neuen Verfassung erarbeitet werden. Beide müssen nach gründlicher Aussprache durch Volksentscheid inkraft gesetzt werden. Darin sehen wir den Weg zur direkten Demokratie, der nicht durch einen runden Tisch ersetzt werden soll.

- 2 -

Damit alle politischen Kräfte an diesem demokratisierungsprozeß teilnehmen können, bedarf es folgender Voraussetzungen:

- freier Zugang zu den Medien, Herausgabe eigener Publikationen
- Einrichtung der erforderlichen Büros im ganzen Land

Die Teilnehmer der Opposition am runden Tisch müssen zur Ausübung ihrer Tätigkeit arbeitsbefreit werden und soweit sie Verdienstaussfall erleiden, muß derselbe ihnen aus dem Staatshaushalt ersetzt werden.

Zu allen folgenden Verhandlungen am runden Tisch muß der Zugang aller interessierten Medienvertreter gewährleistet sein.

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft, ZRT 01